



Presseinformation

Nr. 049/2005

Kiel, Mittwoch, 8. Februar 2006

Wirtschaft/Umwelt

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Heiner Garg: „FFH-Gebiete vor Brunsbüttel— Landesregierung argumentiert widersprüchlich.“

Zur Absicht der Landesregierung, das Vorland von St. Margarethen bei Brunsbüttel als FFH-Gebiet anzumelden, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**, im Anschluss an die heutige Sitzung des Wirtschaftsausschusses:

„In der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben gleich zwei Minister wortreich zu begründen versucht, warum die Landesregierung das Vorland von St. Margarethen als FFH-Gebiet anmelden werde:

- Wirtschaftsminister Austermann betonte, wäre es (nur) nach ihm gegangen, er hätte das Gebiet *nicht* ausgewiesen, sondern gewartet bis die EU sich erneut gemeldet hätte. Er habe der jetzigen Lösung nur zugestimmt, weil der Ministerpräsident höchstpersönlich versuchen werde, die EU-Kommission im Nachhinein umzustimmen.
- Landwirtschaftsminister von Boetticher erklärte, die Anmeldung als FFH-Gebiet sei mittelfristig unumgänglich und für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Brunsbüttel genehmigungsrechtlich auch viel besser als der jetzige Zustand.

Angenommen, der Landwirtschaftsminister *hätte* Recht: Dann frage ich mich dreierlei:

1. Warum wäre der Wirtschaftsminister trotzdem gegen die Meldung, wenn doch so alles viel besser wird?
2. Warum meldet die Landesregierung nicht alle faktischen Vogelschutzgebiete in Schleswig-Holstein als FFH-Gebiete an, wenn doch so vielerorts alles genehmigungsrechtlich besser würde?
3. Warum hat die ehemalige rot-grüne Landesregierung dem Industriekreis Unterelbe 1999 schriftlich zugesichert, dass das Vorland von St. Margarethen zwar Vogelschutzgebiet sei, aber nicht als FFH-Gebiet ausgewiesen würde—weil es die naturschutzfachlichen Kriterien nicht erfülle?

Abschließend frage ich mich viertens: Wenn das Vorland von St. Margarethen erst als FFH-Gebiet angemeldet ist, reicht dann das Gewicht des Ministerpräsidenten wirklich aus, um die Arbeitsplätze in Brunsbüttel vor den umweltrechtlichen Folgen zu schützen?“

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,
E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

www.fdp-sh.de